

Deutscher Gewerkschaftsbund



Pressegespräch Bildungsstrategie

Statement Elke Hannack

Elke Hannack

Stellvertretende DGB-Vorsitzende

19. Oktober 2015

DGB-Bundesvorstand Abteilung für Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

www.dgb.de Tel.: +49 30 24060–211 Fax: +49 30 24060–324

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor sieben Jahren – am 22. Oktober 2008 – haben die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder die Bildungsrepublik Deutschland ausgerufen. Zentrales Versprechen damals: jeder Mensch soll integriert werden. Eine gute Bildung sei hierfür Grundvoraussetzung, sagte Angela Merkel.

Bund und Länder haben damals ehrgeizige Ziele beschlossen, die 2015 erreicht sein sollten. Wenn dem so wäre, dann wäre Deutschland heute Bildungsrepublik. Die Investitionen in Bildung und Forschung sollten auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen sein. Die Quote der jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss wäre halbiert worden. Mehr junge Menschen sollten ein Studium aufnehmen, die frühkindliche Bildung stark ausgebaut und die Beteiligung an Weiterbildung auf europäisches Niveau angehoben werden.

Aber wenn wir heute Bilanz ziehen, dann fällt sie gemischt aus. Zwar gibt es mehr Krippenplätze, und mehr Menschen beginnen ein Studium oder bilden sich weiter. Doch ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt: Die soziale Schieflage bleibt die Achillesferse unseres Bildungssystems. Bedrückend hoch ist die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss. Auch bei der Weiterbildung und im Studium öffnet sich die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern. Die vermeintliche „Bildungsrepublik Deutschland“ bleibt ein sozial gespaltenes Land. (Zu den aktuellen Zahlen gleich mehr von Klaus Klemm.)

Unsere Gesellschaft steht vor großen Herausforderungen:

- Der demographische Wandel führt in naher Zukunft zu einer sinkenden Zahl der arbeitenden Menschen. Arbeiten, die nur geringe Qualifikationen erfordern, verschwinden zunehmend aus den Betrieben oder finden in prekärer Beschäftigung statt.
- Der wirtschaftliche Strukturwandel und die technologische Entwicklung führen zu steigenden Anforderungen an die Kompetenzen vieler Beschäftigter.
- Zudem muss unsere Gesellschaft das Menschenrecht auf Bildung auch für eine wachsende Zahl von Flüchtlingen garantieren.

Unser Bildungssystem steht vor einem Kraftakt. Unter den rund eine Million Geflüchteten, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, werden hunderttausende Kinder und Jugendliche sein – viele von ihnen schwer traumatisiert. Auch für diese Kinder gilt das Menschenrecht auf Bildung. Die Willkommensklassen an den Schulen sind gut, reichen aber nicht aus.

Wir brauchen mehr Lehrkräfte, die Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache unterrichten können. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft spricht von einem Bedarf von 24.000 zusätzlichen Lehrkräften und 14.000 zusätzlichen Erzieherinnen und Erziehern. Wir brauchen mehr Schulpsychologen und Sozialarbeiter/-innen, die für alle Kinder zur Verfügung stehen – egal, ob sie Flüchtlinge sind oder nicht. Auf einen Schulpsychologen kommen in Deutschland heute 8.600 Kinder. Es ist offensichtlich, dass dies nicht reicht. Da wird deutlich mehr Personal gebraucht.

Länder und Kommunen werden diese Aufgabe nicht alleine schultern können. Auch der Bund muss Schulen und Kitas schnell und unbürokratisch helfen können. Aber: Durch das Kooperationsverbot ist ihm das immer noch untersagt. Deshalb muss das unsinnige Kooperationsverbot endlich aus dem Grundgesetz gestrichen werden. Das Verbot ist einer der größten Fehlern der Föderalismus-Reform 2006. Und dieser Fehler gehört jetzt korrigiert.

Auch der Ausbildungsmarkt steht vor großen Herausforderungen. Kurzfristig brauchen junge Flüchtlinge Deutschkurse, um die nötigen Sprachkenntnisse für eine Ausbildung zu erlangen. Mittelfristig sind mehr Hilfen für junge Flüchtlinge und die Betriebe notwendig, um Ausbildung zu ermöglichen.

Die ausbildungsbegleitenden Hilfen und die Assistierte Ausbildung sind dabei wichtige Instrumente. Sie müssen stärker als bislang vereinbart ausgebaut werden.

Und trotzdem werden wir spätestens in ein, zwei Jahren einen verschärften Ausbildungsplatzmangel haben. Schon heute gibt es auf der einen Seite 37.000 offene Ausbildungsplätze. Auf der anderen Seite befinden sich rund 256.000 Jugendliche in den zahlreichen Maßnahmen des Übergangsbereichs – oftmals ohne Aussicht auf einen Ausbildungsabschluss. Wenn nun zusätzlich tausende Flüchtlinge einen Ausbildungsplatz brauchen, muss das Angebot dafür stark ausgeweitet werden. Nur 520.000 abgeschlossene Ausbildungsverträge wie in 2014 werden in den kommenden Jahren nicht ausreichen. Wie das Angebot ausgeweitet werden kann – auch hierfür finden Sie in unseren Empfehlungen konkrete Vorschläge.

Unsere Bildungsstrategie verstehen wir nicht nur als Kurzfrist-Programm für aktuelle Herausforderungen, sondern als langfristiges Vorhaben.

Denn in der Bildungspolitik türmen sich die Aufgaben, die gelöst werden müssen:

- Noch immer leben in Deutschland 7,5 Millionen Menschen, die nicht richtig lesen und schreiben können.

- Rund 14 Prozent der Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung.
- Mehr als 45.000 Jugendliche verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss.
- Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind eines Akademikers gegenüber einem Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance das Gymnasium zu besuchen.
- Noch immer sind die Türen unserer Hochschulen für Menschen ohne Abitur weitgehend verschlossen. Lediglich etwas mehr als zwei Prozent der Studierenden haben kein Abitur in der Tasche.

Als Kernelemente einer gesellschaftlichen Bildungsstrategie schlagen wir vor:

Ein Kita-Qualitätsgesetz: Zwar gibt es inzwischen immer mehr Krippenplätze. Doch mit 32,3 Prozent verfehlen wir bei den Kindern, die jünger als drei Jahre sind, noch immer die schon für 2014 anvisierte 35-Prozent-Marke. Ohnehin war der Kita-Ausbau mehr ein „Aufbau West“. Und trotzdem konnte dort nur eine Quote von 28,2 Prozent erreicht werden. Aber die Plätze allein sind das eine. Ihre Qualität ist die andere Frage. Und auf sie, auf die Qualität der frühkindlichen Bildung, müssen wir mehr Augenmerk legen. Wir brauchen bundesweite Standards für die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung. Dazu gehören die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, die Gruppengrößen, der Personalschlüssel sowie die Zeit für Vor- und Nachbereitung. Diese Standards müssen bundesweit gelten – unabhängig vom Träger.

Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz, ein Bund-Länder-Programm für Inklusion: Auch beim Ausbau der Ganztagschulen gab es in den Jahren 2003 bis 2009 einen echten Schub. Allerdings ging es auch hier um sogenannte offene Ganztagschulen, mit einem qualitativ ungesicherten Nachmittagsbereich. Die Begleitforschung zeigt, dass in dieser Form die Potenziale der Ganztagschule für ein verbessertes Lernen und mehr Chancengleichheit nicht ausreichend genutzt werden. Bund und Länder sollten den Ausbau von guten Ganztagschulen konsequent voranbringen und gemeinsam einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz ab dem Jahr 2020 einführen. Notwendig sind multiprofessionelle Teams - wir wollen den Aus-bau der Ganztagschulen verknüpfen mit einem Bund-Länder-Programm für Inklusion.

Eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen: Unser Ausbildungsmarkt ist von großen Spannungen gekennzeichnet; ich habe es anfangs erwähnt: Wir haben in der Allianz für Aus- und Weiterbildung mit dem Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der Einführung der Assistierte Ausbildung wichtige Akzente gesetzt. Es scheint, als hätten wir nach vier Jahren Talfahrt bei

den Ausbildungsverträgen in diesem Jahr den Abwärtstrend gestoppt. Das Handwerk sowie die Industrie- und Handelskammern verkünden ein leichtes Plus bei den Ausbildungsverträgen.

Dennoch wird das Angebot in den kommenden Jahren nicht ausreichen, das hängt auch mit der hohen Zahl an Geflüchteten zusammen, die einen Ausbildungsplatz brauchen. Wir wollen deshalb in Regionen mit einem sehr angespannten Ausbildungsmarkt ein Bund-Länder-Programm für außerbetriebliche Ausbildungen in mindestens dreijährigen Ausbildungsberufen. Hier müssen vor Ort die Sozialpartner eng einbezogen werden.

— **Wir müssen die Vielzahl der Studiengänge lichten:** Zurzeit gibt es in Deutschland rund 18.000 Studiengänge. Zum Vergleich: In der dualen Ausbildung existieren rund 330 Ausbildungsberufe. Das Angebot der Studiengänge ist für die jungen Menschen und für die Betriebe kaum noch transparent. Brauchen wir wirklich ausgefallene Spezial-Studiengänge wie den Bachelor in Coffeemanagement in Hamburg? Solche Studiengänge bieten selten nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir brauchen deshalb für Studienangebote fachbezogene Standards, die solche ausgefallenen Spezialangebote verhindern.

— Wir wollen das **lebenslange Lernen durch ein Erwachsenen-BAföG verbessern.** Wir benötigen eine echte Finanzarchitektur lebenslangen Lernens. Bisher stehen zahlreiche Elemente – zum Beispiel das BAföG, das Meister-BAföG, Bildungsprämien und Aufstiegsstipendien – unverbunden nebeneinander. Die Studienfinanzierung, das Nachholen schulischer und beruflicher Abschlüsse sowie die berufliche Aufstiegsfortbildung sollen in einem Erwachsenen-BAföG zusammengeführt werden.

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Bildungswesen. Sie sind letztlich der Schlüssel zum Gelingen von Bildungsreformen. Der Befristungswahn an den Hochschulen muss ein Ende haben - eine Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist überfällig. Und der Bund muss endlich die prekäre Beschäftigung bei den Integrationskursen beenden. Das Mindesthonorar dafür sollte angehoben werden - von 20 auf 30 Euro je Stunde. Es ist absehbar, dass sich der Bedarf an Integrationskursen in den kommenden Jahren verdoppeln wird. Wenn es keine attraktiven Arbeitsbedingungen und keinen fairen Lohn gibt, wird es immer schwerer, für diese Kurse Lehrkräfte zu finden.

Sie sehen, es gibt viele Herausforderungen in der Bildungspolitik. Gute Bildung gibt es nicht zum Nulltarif. Bund und Länder haben sich 2008 darauf geeinigt, bis 2015 10 Prozent des BIP in Bildung und Forschung zu investieren. Nimmt man dies zum Maßstab, fehlen Jahr für Jahr rund 23,5 Milliarden Euro an Zukunftsinvestitionen.

Die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundeskanzlerin treffen sich am 3. Dezember zu ihrer alljährlichen Konferenz. Dort wird auch die Bildungsgipfel-Bilanz auf der Agenda stehen. Bund und Länder dürfen sich nicht auf gegenseitiges Schulterklopfen beschränken. Sie sollten vielmehr den Grundstein für eine gesellschaftliche Bildungsstrategie legen, die mit Bund, Ländern, Kommunen und den Sozialpartnern gemeinsam ausgehandelt werden muss. Hierzu sollten sie eine Reformkommission Bildung einrichten.

Die Vorschläge des DGB für eine gesellschaftliche Bildungsstrategie liegen mit dem heutigen Tag auf dem Tisch.

— Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.